

Homo oeconomicus

Paketsteuer für einen fairen Wettbewerb

Lebendige, funktionierende Innenstädte sind wichtig für die Gemeinschaft. Sie ziehen Menschen an, sorgen für Begegnung und sichern die Nahversorgung. Doch viele Innenstädte kranken, ihre Vitalität und Funktionalität leidet. Virtuelle Marktplätze ersetzen zunehmend physische, und Corona beschleunigt diesen Trend. Dieser betrifft vor allem Städte mit weniger zentralörtlichen Funktionen – entgegen einer weitverbreiteten Hoffnung scheint sich die Digitalisierung eher als ein Risiko denn eine Chance für die Peripherie zu entpuppen.

Zwar haben viele stationäre Einzelhändler die Zeichen der Zeit erkannt und in digitale Vertriebskanäle investiert. Ihre Online-Vertriebskanäle stärken das stationäre Angebot, sie ersetzen es aber nicht. Zudem trägt der stationäre Einzelhandel über Steuern und Arbeitsplätze zur Aufwertung des öffentlichen Gutes „Innenstadt“ bei. Ganz anders die führenden E-Commerce-Plattformen. Die Aufwertung der Amazon-Aktie und die Entwertung der Innenstädte sind zwei Seiten derselben Medaille. Doch beschädigen Amazon und Co. nicht nur das öffentliche Gut „Innenstadt“; sie nutzen zudem ausgiebig öffentlich finanzierte Infrastrukturen. Der Finanzierungsbeitrag der Onlineplattformen ist dabei eher homöopathisch.

Strukturwandel ja – aber bitte nicht parasitär. Denn marktwirtschaftlicher Wettbewerb verträgt sich nicht mit Steuerprivilegien. Vor allem ist Marktwirtschaft nicht die Abwesenheit von Regeln. Einer ihrer Grundsätze lautet: Wer den Nutzen hat, muss die Kosten tragen. Ansonsten ist Marktversagen nicht weit. Dies gilt auch für die Beschädigung öffentlicher Güter. Erst die Rückführung von Kosten auf ihre Verursacher setzt die Leitplanken für eine funktionierende Marktwirtschaft. Dies ist übrigens auch ein wesentlicher Sinn von Umweltabgaben.

Vor dem Weihnachtsfest wartete die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag mit einer Überraschung auf: dem Vorschlag zur Einführung einer Paketsteuer. Diese soll als „Lex Amazon“ vor allem die Versandhandelsaktivitäten der großen E-Commerce-Plattformen verteuern. Zudem sollen Mittel mobilisiert werden, um die Innenstädte zu stärken. Vom sozialdemokratischen Koalitionspartner wurde in dieselbe Richtung gedacht.

Eine solche „Paketsteuer“ sollte den Verbraucher mit den „wahren Kosten“ seiner Vertriebswegewahl belasten. Dementsprechend ist sie auf Überwälzung angelegt. Genau wie Umweltabgaben würde eine Paketsteuer für mehr Wettbewerbsgleichheit sorgen. Allerdings darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet, sinnvoller Strukturwandel ausgebremst werden: Die Paketsteuer sollte nicht die Investitionen des stationären Einzelhandels in digitale Vertriebskanäle belasten und daher erst ab einer großzügig bemessenen Schwelle einsetzen. Eine als Verbrauchsteuer ausgestaltete Paketsteuer ersetzt allerdings nicht die bislang größtenteils ausstehende Besteuerung der Erträge der Internetgiganten. Und: Steuerpolitik kann zwar für mehr Fairness im Wettbewerb sorgen, nicht aber Wettbewerbspolitik ersetzen.

Dirk Lohr ist Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier.



Ein Jahr Corona

Deutschlands Bilanz der Jahrhundertkrise

Vor einem Jahr wurde der erste Corona-Fall bestätigt. Wie hat das Land die Pandemie bisher bewältigt, wie schwer sind die wirtschaftlichen Schäden?

Studierende in Freiburg: Die meisten Menschen hielten sich an die Lockdown-Regeln.

dpa

Als das bayerische Gesundheitsministerium vor einem Jahr den ersten in Deutschland bestätigten Corona-Fall meldete, schien die Pandemie weit weg. Wenige Tage zuvor war zwar die chinesische Millionenstadt Wuhan abgeriegelt worden. In der Bundesrepublik rechnete aber kaum jemand damit, dass hierzulande zwei Monate später wegen der Lungenkrankheit Covid-19 Einschränkungen des Alltags ergriffen würden.

Die Meldung von „Patient 1“ am 27. Januar 2020 geht auf einen begrenzten Infektionsherd beim Autozulieferer Webasto bei München zurück. Offenbar steckte eine chinesische Mitarbeiterin, die den Hauptsitz der Firma besuchte, Kollegen an. Insgesamt wurde das Virus bei 16 Webasto-Mitarbeitern und Angehörigen nachgewiesen. Dann galt die Ansteckungskette als unterbrochen, das Leben schien normal weiterzugehen. Die Menschen führen in den Skiurlaub, feierten Karneval. Spätestens Ende Februar, mit dem Infektionsherd in Heinsberg, war klar: Deutschland ist gegen die Pandemie nicht immun. Wie hat sich das Land bisher in der Krise geschlagen? Das Handelsblatt zieht eine Zwischenbilanz.

Wie gut hat Deutschland die Pandemie eingedämmt?

Weltweit haben sich bislang etwa 100 Millionen Menschen mit dem Virus infiziert, mehr als zwei Millionen sind daran gestorben. In Deutschland liegt die Zahl der bestätigten Infektionen bei über zwei Millionen, es gab mehr als 50.000 Tote im Zusammenhang mit dem Virus.

Deutschland ist damit weniger stark getroffen als andere europäische Länder – doch nach einem eher glimpflich verlaufenen Frühjahr und einer trügerischen Normalität im Sommer schlägt der Erreger im Winter heftig zu. Hat die Bundesrepublik ihre frühen Erfolge im

Kampf gegen das Virus verspielt? Für das relativ gut gemeisterte Frühjahr führen Experten eine Reihe von Gründen an: Der frühe und im internationalen Vergleich damals breite Einsatz von Tests half dabei, das Infektionsgeschehen zu überwachen. Die meisten Menschen hielten sich an die Lockdown-Regeln.

Das Virus breitete sich erst stärker in anderen EU-Staaten aus. Die Bilder von überfüllten italienischen Krankenhäusern verdeutlichten vielen Bundesbürgern den Ernst der Lage. Die Intensivkapazitäten in den Krankenhäusern, die schon vor Corona größer als in vielen Nachbarländern waren, wurden aufgestockt. Der von Experten befürchtete Wiederanstieg von Neuinfektionen wegen zu schneller Lockerungen bewahrheitete sich nicht, als sich die Republik im Mai langsam wieder öffnete.

Im Sommer kam es nur zu begrenzten Ausbrüchen wie im Tönnies-Schlachthof in Gütersloh. Die Sicherheit war trügerisch. Vieles wurde halbherzig angegangen, um sich auf eine zweite Welle im Winter vorzubereiten: die Ausstattung der Schulen für Digitalunterricht, die Vorbereitung von Schutzmaßnahmen von betagten Risikogruppen in Pflegeheimen, die Stärkung und Digitalisierung der Gesundheitsämter, der Ausbau der Testkapazitäten.

Diese strategischen Versäumnisse führten, gepaart mit wankelmütigen Entscheidungen von Bund und Ländern bei den Maßnahmen, dazu, dass das Virus sich wieder ausbreitete. Als der Teil-Lockdown im November kam, sprach Kanzlerin Angela Merkel (CDU) von einer „Kraftanstrengung“, die auf einen Monat angelegt schien. Nun sind es schon drei Monate mit schärferen Maßnahmen. Zuletzt gingen die Infektionen zurück, im Winter ist der Kampf gegen das Virus aber schwerfälliger.

Die Hoffnung auf einen Ausweg aus der Pandemie liegt beim Impfen. Einerseits ist es ein großer Erfolg, dass nach weniger als einem Jahr Forschung ein Impfstoff zur Verfügung steht. Andererseits gibt es bei den Impfstofflosen Engpässe und Lieferschwierigkeiten. Die Bundesregierung will jedem Bürger bis zum Ende des Sommers am 21. September ein Impfangebot zu machen. Bislang sind knapp 300.000 Menschen geimpft.

Wie groß ist der Schaden für die Wirtschaft?

Deutschlands Wirtschaft ist einigermaßen gut durch die Pandemie gekommen – jedenfalls im Vergleich zu anderen EU-Staaten und Großbritannien, in denen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2020 um bis zu zehn Prozent eingebrochen ist. Doch: Der Rückgang der Wirtschaftsleistung war mit 5,0 Prozent die zweitiefste Rezession der Nachkriegsgeschichte nach der Finanzkrise 2009.

Im Vergleich zu Asien, dessen Länder eine weniger tiefe Rezession verzeichneten und 2021 mit höheren Wachstumsraten rechnen, schneidet Deutschland schlechter ab: Mit nur 3,0 Prozent BIP-Wachstum rechnet die Bundesregierung dieses Jahr. „Teile Osteuropas wie Polen und das Baltikum, Skandinavien oder auch die USA haben weniger Federn gelassen, und China ist wachstumsmäßig eine Klasse für sich“, sagt Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW).

Unterm Strich beurteilt der Chef der Wirtschaftsweisen, Lars Feld, das Konjunkturgeschehen so: „Deutschland ist noch glimpflich davongekommen. Das liegt vor allem daran, dass das produzierende Gewerbe einschließlich der Bauwirtschaft selbst im Lockdown noch relativ stark produzieren konnte.“



Geschlossenes Restaurant: Hilfen der Regierung kamen verzögert an.

Der wirtschaftliche Einbruch hat vor allem während des ersten Lockdowns im zweiten Quartal stattgefunden, als das BIP 9,8 Prozent verlor. Mit den Lockerungen setzte im dritten Quartal eine starke Erholung ein, mit einem Wachstum von 8,5 Prozent. Die zweite Infektionswelle mit zweitem Lockdown bremste den Aufschwung im vierten Quartal wieder aus – aber weniger stark als befürchtet. Bis zum Jahreswechsel hat die Bundesregierung ihr Ziel erreicht, den Lockdown auf die von sozialen Kontakten abhängenden Branchen einzugrenzen, die für etwa sieben Prozent der Wirtschaftsleistung stehen.

In der Industrie hat sich der Aufschwung bisher fortgesetzt. Das Ifo-Geschäftsklima – eine Umfrage, an der sich 9000 Unternehmenschefs beteiligen – bestätigte, dass die Geschäfte im produzierenden Gewerbe gut laufen. Auch die Exporte laufen laut Ifo-Umfrage gut. Und das Statistische Bundesamt stellte bis Ende November fest, dass die Schlüsselbranchen Auto, Chemie und Maschinenbau Wachstum bei Produktion und Auftragsbeständen verzeichnen. Doch: Die Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten schätzen die vom Ifo Befragten erstmals seit vier Monaten wieder schlechter ein. „In diesem Winter kommt es darauf an, Grenzsicherungen zu vermeiden, sodass die Lieferketten nicht gestört werden“, mahnt Feld.

Felbermayr verlangt eine bessere Umsetzung der „vermurksten Hilfsprogramme“ für Unternehmen. „Wir riskieren Schäden für die Wirtschaft, die größer als nötig und bleibend sind“, mahnte er. „Wo immer es möglich ist, regional zu differenzieren oder Wirtschaftsbereiche mit geringem Infektionsrisiko auszunutzen, sollte das auch geschehen.“

Wie sind die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt?

Die Regierung könne nicht jeden Arbeitsplatz garantieren, hatte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) Ende März erklärt, als die Coronakrise anging. „Aber wir werden mit den Mitteln, die wir haben, um jeden Arbeitsplatz kämpfen.“ Bis jetzt ist das einigermassen gelungen. Zwar gehen laut Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 420.000 zusätzliche Arbeitslose auf das Konto der Pandemie. Doch im internationalen Vergleich sind die Folgen gering. In den USA beispielsweise gingen in der Krise 22 Millionen Jobs verloren.

Vor allem der massive Einsatz der Kurzarbeit hat Massenentlassungen bisher verhindert. In der Spitze zählte die BA im April fast sechs Millionen Kurzarbeiter, aktuell dürften es um die zwei Millionen sein. Den erleichterten Zugang zur Kurzarbeit und die Aufstockung der

Leistungen hat die Regierung verlängert. Allein für das Kurzarbeitergeld und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge hat die BA 2020 etwa 22 Milliarden Euro ausgegeben. Um das Finanzloch zu schließen, das die Pandemie in der Arbeitslosenversicherung gerissen hat, schießt der Bund für 2020 und 2021 zehn Milliarden Euro zu.

Wie es auf dem Arbeitsmarkt weitergeht, hängt vom Pandemieverlauf ab. Je länger die Einschränkungen dauern, desto lauter werden Forderungen der Gewerkschaften, den Beschäftigten stärker unter die Arme zu greifen.

Haben sich die Hilfen bewährt?

Am 13. März 2020 saßen Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im Saal der Bundespresskonferenz in Berlin und verkündeten Unglaubliches. „Wir werden alles Mögliche tun, damit wir diese Krise meistern. Wir werden jedes Mittel nutzen, das uns zur Verfügung steht.“ Es war der Auftakt für eine historische Rettungsaktion. Mittlerweile gibt es 13 verschiedene Programme, mit denen Unternehmen und Selbstständige unterstützt werden sollen, von der Überbrückungshilfe über Kredite der staatlichen KfW-Bank bis zum Ersatz von Umsatzausfällen.

Laut Bundesfinanzministerium summieren sich alle Maßnahmen für 2020 und 2021 auf 1,5 Billionen Euro. Etwa die Hälfte davon sind Garantien, die der Bund übernimmt. Aber auch die Ausgaben in den Haushalten von Bund und Ländern sind groß, ob für Konjunkturmaßnahmen oder direkte Hilfen.

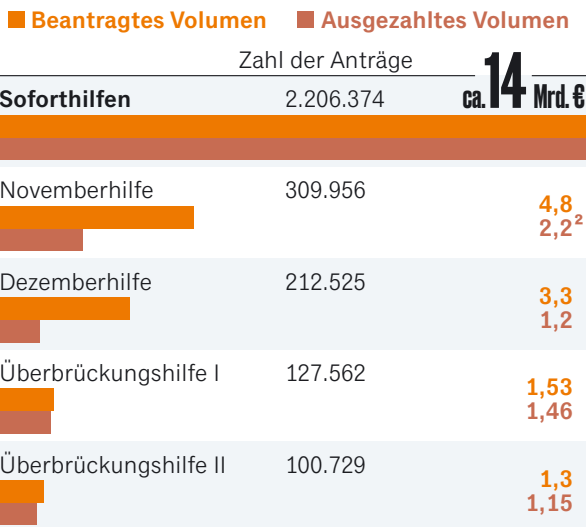
Die Frage ist, ob viel auch viel hilft. „Die Bazooka hat ihre Wirkung entfaltet“, sagt Scholz. Wirtschaftsverbände haben beklagt, dass von den angekündigten Unterstützungen nur wenig bei den Firmen ankomme. Die Antragsprozesse seien kompliziert und langwierig, die Auszahlung ziehe sich hin. Noch immer sind die Umsatzhilfen, mit denen die Regierung geschlossenen Unternehmen durch den Lockdown helfen wollte, nicht vollständig ausgezahlt.

Bei den Hilfsprogrammen gab es ein ständiges Nachjustieren. Zu Beginn der Pandemie flossen die Soforthilfen sehr schnell, rund 14 Milliarden wurden ausgezahlt. Dann gab es Meldungen über Betrugsfälle. Also wurden später die Anträge sicherer gemacht, die müssen bei größeren Summen nun über Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer eingereicht werden. Dafür dauert es nun länger.

Angeht es um die vielen Klagen will die Bundesregierung erneut Anpassungen vornehmen. Altmaier verspricht, die finanziellen Hilfen zu vereinfachen, damit Firmen und Soloselbstständige schneller das Geld bekommen.

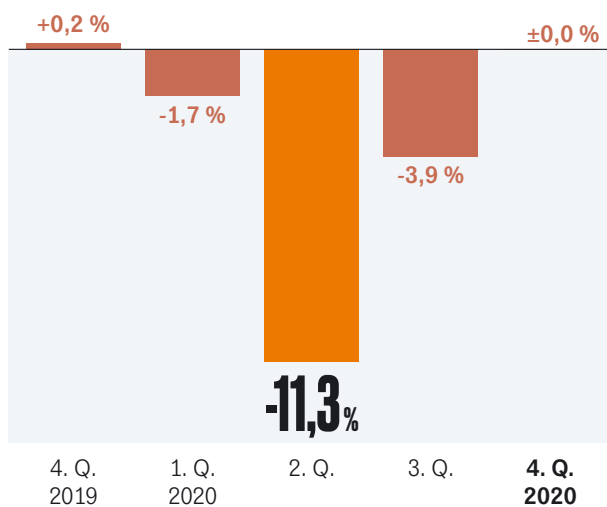
Ein Jahr Corona

Corona-Wirtschaftshilfen¹ in Mrd. Euro

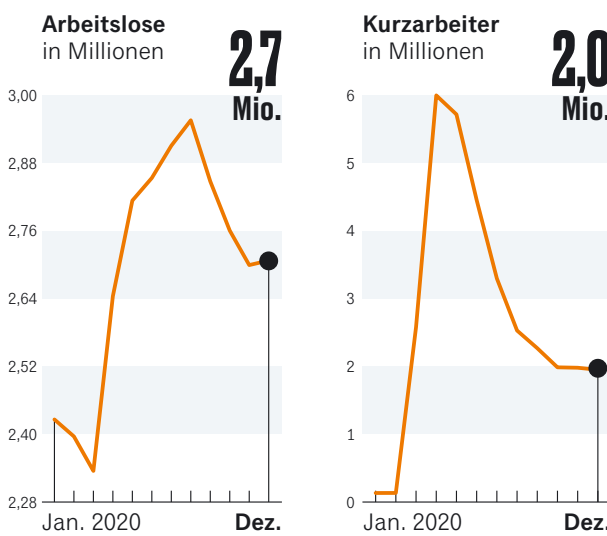


Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

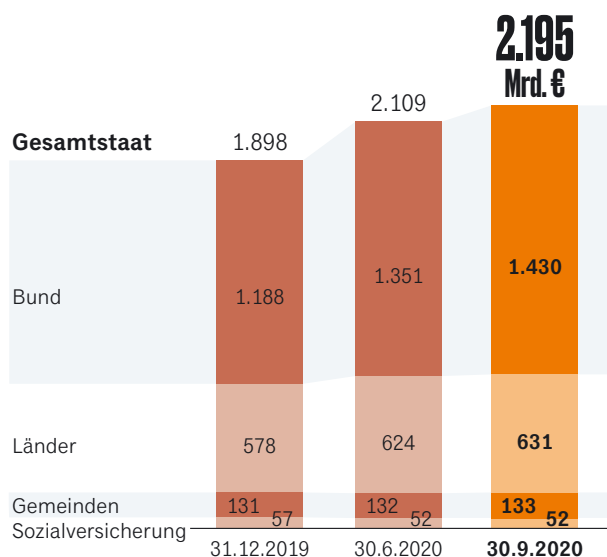
Veränderung zum Vorjahresquartal in Prozent



Arbeitsmarkt in Deutschland



Schuldenstand in Deutschland in Mrd. Euro



1) Stand: 5.1. u. 22.1.2021; 2) Abschlagzahlung plus ca. 500 Mio € reguläre Auszahlung
 QUELLEN: BMWI, BA, Ifo, Destatis

Und die Überbrückungshilfe III, die seit Anfang Januar gilt, soll großzügiger gestaltet werden.

Welche Folgen hat die Pandemie für den Staatshaushalt?

Kurzarbeit, Hilfsprogramme für die Wirtschaft, Stärkung des Gesundheitssystems – all das kostet Hunderte Milliarden Euro. Entsprechend stieg die Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen auf Rekordhöhe. Allein der Bund plante für 2020 rund 218 Milliarden Euro neue Schulden, für dieses Jahr rechnet Scholz noch mit Verbindlichkeiten von 180 Milliarden Euro. Binnen zwei Jahren würde die Bundesschuld auf einen Schlag um fast 30 Prozent steigen.

Allerdings: Viele der Hilfen wurden gar nicht abgerufen. Weil die Steuereinnahmen 2020 besser liefen als erwartet und die Rettungsprogramme von der Wirtschaft nicht ausgeschöpft wurden, lag die Neuverschuldung des Bundes 2020 doch nur bei 130 Milliarden Euro. Auch die Bundesländer haben weniger Schulden gemacht. Unklar ist, wie teuer gewährte Staatskredite und Bürgschaften werden. Sollten viele Firmen pleitegehen, müsste der Staat dafür geradestehen. Sollte das nicht geschehen, hat der Staat keine Kosten und würde noch an den Zinsen etwas verdienen. Bislang sind die Rekordschulden kein Problem. Da Deutschland gering verschuldet in die Krise gegangen ist, ist der Schuldenstand, gemessen an der Wirtschaftsleistung, Stand jetzt mit rund 75 Prozent geringer als nach der Finanzkrise.

Trotzdem hat bereits eine Diskussion begonnen, wie die Krisenrechnung beglichen werden soll. Während die Union auf Wirtschaftswachstum setzt, hat die SPD Steuererhöhungen ins Gespräch gebracht. Zudem wird auch darüber diskutiert, ob die Schuldenbremse länger ausgesetzt werden soll.

Wie sehr trifft die Pandemie Kinder und Jugendliche?

Größtes Problem für die meisten Familien sind die geschlossenen Schulen und Kindergärten, die allenfalls eine Notbetreuung anbieten. Eltern müssen vielfach im Homeoffice auch noch Hauslehrer sein. Verschärft wird die Ausnahme-situation durch die Probleme der Schulen, den Distanzunterricht technisch zu organisieren: Keine Schulplattform der Länder läuft störungsfrei, es hapert an Videotools. Weichen Schulen auf private Anbieter aus, drohen ihnen Probleme mit dem Datenschutz – oder sie bekommen dafür kein Geld vom Land.

Vielfach haben Kinder nur wenige Stunden pro Woche echten Fernunterricht per Video. Trotz Zusatzprogrammen des Bundes im Wert von 1,5 Milliarden Euro haben es die Länder nicht geschafft, funktionsfähige Systeme zu installieren. Bildungsexperten warnen, dass vor allem jüngere, schwächere Schüler aus sozial schlechter gestellten Familien nun zurückfallen, weil ihnen zu Hause niemand helfen kann.

Das Ifo-Institut hat ausgerechnet, dass der Schulausfall während der Pandemie das Lebens Einkommen der Schüler um durchschnittlich 4,5 Prozent senken könnte, volkswirtschaftlich würde sich durch 18 Wochen Schulausfall ein Verlust von 3,3 Billionen Euro bis zum Ende des Jahrhunderts ergeben. Große Sorgen machen sich Experten auch um die Kleineren, von denen allein ein Fünftel zu Hause kein Deutsch spricht: Deren Chancen steigen durch den Kitabesuch nachweislich enorm – der nun wegfällt. Relativ problemlos läuft dagegen die Lehre an den Hochschulen. Barbara Gillmann, Martin Greive, Jan Hildebrand, Donata Riedel, Frank Specht, Gregor Waschinski

Jens Spahn: Holpriger Impfstart.